

Rundschau

Informationsblatt der steirischen KPÖ

Ausgabe 129, Februar 2019 – zugestellt durch post.at

Österreichische Post AG/Postentgelt bar bezahlt
RM 18A041515 E Aufgabe: 8720Zeitung der **KPÖ** für JudenburgPOSTWURFSENDUNG
im Sinne des Parteiengesetzes
18A041515 E

Parkraumüberwachung Folge der Ausgliederung an Privatfirma

In der Gemeinderats-sitzung am 7. Februar, wurden zwei Themen besonders heftig diskutiert. Die Parkraumüberwachung und der Umgang mit Ehrenbürgerschaften.

So gab es Aufregung über die neue Parkraumüberwachung auf und rund um den Hauptplatz. Die Stadtgemeinde Judenburg hat die Parkraumüberwachung ausgegliedert und an eine externe Firma übergeben. Diese geht nun – so die Kritik der zahlreich anwesenden Innenstadtkaufleute – mit wenig oder keinem Fingerspitzengefühl vor. Schon nach nur ein oder zwei Minuten Parkzeitüberschreitung wurden teils heftige Strafen verhängt. Da dies einen Imageschaden für die Innenstadt nach sich zieht und viele Geschäfte um ihre Existenz fürchten, gingen die Wogen in der Gemeinderatssitzung entsprechend hoch. Bürgermeister Dolleschall versprach, baldigst das Gespräch mit der Securityfirma zu suchen. Auf Druck der Opposition und aufgrund der Anwesenheit zahlreicher Geschäftsinhaber soll es auch einen Runden Tisch oder „Parkraumgipfel“ zu dem Thema geben, auch das wurde vom Bürgermeister zugesagt.

Das zweite „heiße Eisen“ war die bereits am 24. Jänner erfolgte Verleihung der Ehrenbürgerschaft für Michael Schickhofer. Die SPÖ wollte ihrem Landeshauptmann-Stellvertreter diese Ehrung zukommen lassen, und begründete dies mit dem vielen (Steuer-) Geld, das Judenburg durch ihn bekommen hat. Da die Opposition im Gemeinderat jedoch geschlossen dagegen war, verzichtete Schick-

hofer von sich aus auf die Auszeichnung. Das sorgte für Empörung bei der SPÖ, insbesondere bei Vizebürgermeisterin Gabriele Kolar. ÖVP, FPÖ, Grüne und KPÖ hatten schon im Vorfeld bekanntgegeben, einer Verleihung an Schickhofer nicht zuzustimmen.

KPÖ-Gemeinderat Peter Karner nutzte die Fragestunde, um auf die Parkplatzprobleme in der Ferdinand-

Raimund-Gasse hinzuweisen. Einerseits fehlen dort Bodenmarkierungen, andererseits haben Bewohner um die Einrichtung eines Behindertenparkplatzes gebeten. Die Bodenmarkierungen sollen sobald es das Wetter zulässt, also vermutlich im April, gezogen werden. Bezüglich des Behindertenparkplatzes verwies der Bürgermeister auf den zuständigen Verkehrsausschuss, der dies thematisieren wird.

**Herzliche Einladung zum
19. Sepp Kampl Gedenkturnier**

Preisschnapsen
der KPÖ in der Resti Fohnsdorf



**Samstag 16. März 2019 –
16 Uhr**

Resti, Josefiplatz 3a, Fohnsdorf
Frauen sind herzlich willkommen
Vorverkauf: 5 Karten 20,-
kein Nachkauf möglich

Tel. 035 73 / 21 66 • Do., 10 - 12 Uhr und 16 - 18 Uhr
Fam. Wieser, Tel. 0664 / 7346 2480

1. Preis: 200 Euro
2. Preis: 130 Euro
3. Preis: 70 Euro



E-Mail: kp.fohnsdorf@kpoe-steiermark.at



E-Mail: kp.fohnsdorf@kpoe-steiermark.at

ARBEITERKAMMERWAHL 28.3 - 10.4.2019



**KONSEQUENT
FÜR UNSERE INTERESSEN!**

GERHARD SIMBÜRGER
Arbeiter bei Stahl-Judenburg

LISTE 5 ~~Ö~~ GLB-KPÖ

Arbeiterkammer-Wahl 2019

28. März – 10. April



KURT LUTTENBERGER
GLB-Spitzenkandidat

LISTE 5 ~~Ö~~ GLB-KPÖ

Arbeiterkammer: wichtiger denn je

von Arbeiterkammer-Rat
Gerhard Simbürger

Über ein Jahr ist die Schwarz-Blau-Bundesregierung im Amt. Unter dem Deckmantel sogenannter Reformen werden zahlreiche Verschlechterungen umgesetzt. Leistungskürzungen drohen uns nicht nur bei der Krankenversicherung.

Gerade diejenigen, die vorgeben bei der Verwaltung und den Funktioniären zu sparen, denken über weitere Privilegien nach. Kaum war die „Krankenkassenreform“ beschlossen, wälzte die Bundesregierung offenbar Pläne die Sitzungsgelder für Kassenfunktionäre drastisch zu erhöhen. Statt 42 Euro pro Sitzung sollten es nun 1.000 Euro pro Monat sein. Dafür, dass dies Großteils an die eigenen Parteigänger gehen würde, hatte man mit der Änderung der Zusammensetzung der Gremien schon gesorgt. Zurückgerudert ist man erst, als die Pläne bekannt geworden sind.

Noch eine Geschichte: ÖVP Seniorenbundchefin Ingrid Korosec fordert ein höheres gesetzliches Pensionsantrittsalter als 65. Bereits 2003 berichteten die Zeitungen über die damals 62-jährige Korosec, dass sie zusätzlich zu ihren 4.206 Euro als Gemeinderätin eine Politikerpension in Höhe von monatlich 8.928 Euro bezog.

Es braucht jemanden, der dies aufzeigt und dagegen ankämpft.

Die nächste Gelegenheit, diese Stimme zu stärken heißt, bei der AK-Wahl vom 28.3.-10.4 GLB-KPÖ wählen!

KLEIN, aber MIT BISS



In Frankreich machen die Gelbwesten einen Volksaufstand für mehr soziale Gerechtigkeit. Da sollten eigentlich alle mitmachen, eine gelbe Weste ist eh in jedem Auto.

~~Ö~~ GLB-KPÖ

DENKZETTEL
gegen
12-Stunden-Tag
Leistungsdruck
Teuerung
Sozialabbau

Februar 1934: Regierung Dollfuß schoss auf das eigene Volk

1933 schaltet die Regierung Dollfuß das Parlament aus. Die Sozialdemokraten wollten mit der Regierung verhandeln, aber die Regierung lehnte das ab. Damit ist der Weg in die Diktatur geebnet. Aufmärsche, Versammlungen, Streiks und der Schutzbund werden verboten. Löhne, Pensionen und Arbeitslosengelder werden gekürzt und Kollektivverträge aufgehoben. Die sozialistische Führung ist zerstritten.

Die KPÖ Österreichs mahnte unentwegt: Schlagt den Faschismus nieder, ehe er euch niederschlägt.

Im Jänner 1934 kommt es zu Verhaftungen von Funktioniären des Schutzbundes.

Täglich kommt es auch zu Hausdurchsuchungen in Arbeiterheimen. Während Wien auf Zeit setzt wollen die Linzer jeder Hausdurchsuchung bewaffneten Widerstand leisten. Es gibt die ersten

Toten. Als die Kämpfe in Linz bekannt wurden setzte die Sozialistische Parteiführung ihren Alarmplan in Wien in Kraft. Er sah vor, Gemeindebauten und strategisch wichtige Punkte gegen Angriffe der Regierung zu verteidigen. Ein Generalstreik scheiterte. Erst nachdem das Militär mit Kanonen Wohnanlagen zerstört wurde der Widerstand gebrochen.

In der Steiermark konzentrierte sich der Aufstand unter der Leitung des Arbeiterführers Koloman Wallisch auf die Arbeiterbezirke im Raum Leoben, Kapfenberg und Bruck an der Mur. Am längsten dauerten die Kämpfe in Bruck. Erst nachdem Militäreinheiten aus Graz anrückten gab Koloman Wallisch den Rückzugsbefehl. Eine Woche nach Ausbruch des Kampfes wurde Koloman Wallisch und 8 weitere Widerstandskämpfer aus Wien und Oberösterreich hingerichtet.

Auf beiden Seiten gab es 300 Tote und mehr als 1.000 Verletzte. Tausende Sozialisten und Kommunisten wurden eingesperrt und zu hohen Gefängnisstrafen verurteilt.

Viele Sozialdemokraten flüchteten nach Deutschland und wechselten zu den Nazis. Kommunisten und Andere Linke flüchteten nach Moskau.

Die Dollfuß-Regierung verbot Gewerkschaften, Vereine der Arbeiter, Kommunistische Partei, Schutzbund und die SPÖ Partei. Beschlagnahmt wurden Sport- u. Spielplätze, Kinderheime, Büchereien und 9 Mill. Schilling.

Im Juli 1934 wurde Dollfuß von den Nationalsozialisten ermordet.

Der verzweifelte Kampf gegen den europaweiten Trend zum Faschismus war aussichtslos. Der rasante Vormarsch des Nationalsozialismus war nicht aufzuhalten.

Minex: Viele Fragen offen

Die MINEX Mineral Explorations GmbH mit Sitz in Graz (kurz MINEX) plant Erze (Ultrabazit) aus dem Bereich Kraubath an der Mur in Zeltweg zu verhütten. Beim Thema MINEX ist die Verunsicherung in der Bevölkerung groß. Um einen Überblick über die komplizierte Materie zu erhalten, haben wir ein Interview mit Dr. Christian Weiß, Verfahrenstechniker und Dozent an der Montanuni Leoben, geführt.

Frage: MINEX ist in aller Munde. Was genau hat es damit auf sich und wo liegen die Probleme?

Christian Weiß: Die Firma MINEX möchte in Zeltweg ein Werk errichten, wo aus gewissen Gesteinsverbindungen spezielle Mineralien und Metallkonzentrationen gewonnen werden sollen, um diese kommerziell zu verwerten. Derzeit ist vorgesehen, dieses Gestein aus dem Steinbruch in Preg zu beziehen. Da bekannt ist, dass dort asbestartige Minerale (sogenannter Antigorit) im Gestein vorkommen, gibt es Befürchtungen, etwa von Seiten der Bürgerinitiative „Für ein lebenswertes Aichfeld“ dass es in Zeltweg zu einem Ausstoß von Asbestfasern kommen könnte.

Frage: Sind diese Befürchtungen berechtigt?

Weiß: Tatsächlich kann es beim Verladen des Materials und im Zuge des Zermahlens des Gesteines bei der Aufarbeitung zu einer nicht unbeträchtlichen Staubbildung kommen. Dieser Staub kann unter Umständen – hier sind sich die Geologen uneins – auch Antigoritfasern enthalten, welche ähnliche Eigenschaften wie Asbest aufweisen. Sicherheitshalber wurden der Firma MINEX daher im Zuge der Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) Grenzwerte für die maximale Ausstoßmenge an Fasern vorgeschrieben. Auch muss beispielsweise bei der Verladung in geschlossenen Kreisläufen gearbeitet werden.



Frage: Heißt das, dass alles unter Kontrolle ist?

Weiß: Jein. Einerseits wurde mittlerweile bekannt, dass MINEX aktualisierte und erhöhte Zahlen betreffend die Abluftmenge vorgelegt hat. Darum stellt sich die Frage, ob die Schadstoff-Ausbreitungsberechnung welche im Rahmen der UVP durchgeführt wurde, nicht ebenfalls aktualisiert werden müsste. Außerdem bräuchte es zusätzlich zu den bisherigen Aussagen über die chemische Zusammensetzung auch eine mineralogische Definition des verwendeten Materials.

Frage: Was könnte man noch unternehmen, um die Sicherheit für die Bevölkerung zu erhöhen?

Weiß: Vernünftig wäre ein laufendes Monitoring über die Abluft aus der mechanischen Zerkleinerung im Produktionsprozess, um rasch auf Änderungen reagieren zu können. Ferner müssen Maßnahmen, die die Arbeitssicherheit für die Beschäftigten garantieren, in ausreichendem Maße gesetzt werden.

KOMMENTAR

Von KPÖ-Gemeinderat
Peter Karner

Ehre wem Ehre gebührt

Als „Groteske“ hat die Kleine Zeitung die am Ende doch nicht verliehene Ehrenbürgerschaft für Michael Schickhofer bezeichnet. Tatsächlich war die Vorgehensweise sonderbar. Ich habe jedenfalls von Anfang an gesagt, dass die KPÖ so einer Ehrung nicht zustimmen wird. Das ist eine Wahlkampfaktion anlässlich der kommenden Landtagswahl und hat mit einer wirklichen Ehrung wenig zu tun. Deshalb ist es gut, dass die ganze Sache nun abgeblasen wurde. Meiner Meinung nach sollten Ehrungen viel mehr für jene Menschen gedacht sein, die sich ehrenamtlich um das Wohl der Stadtgemeinde und ihrer Bewohner kümmern, also beispielsweise Kulturschaffende, Mitglieder bei Rettung oder Feuerwehr oder auch Wirtschaftstreibende. Auszeichnungen für Berufspolitiker halte ich grundsätzlich für verzichtbar.

Wichtiger als diese Posse rund um die Ehrung ist aber das Thema mit den Parkplätzen in der Innenstadt. Im Gemeinderat – und nicht nur dort – wird das heiß diskutiert. Tatsächlich steht unser städtischer Handel in einer scharfen Konkurrenz zum Einkaufszentrum „vor der Haustür“, also der Arena in Fohnsdorf. Es sind schon zu viele Geschäfte abgewandert, umso mehr muss man die Probleme der Kaufleute ernst nehmen. Es ist zu hoffen, dass mit der privaten Securityfirma eine Lösung gefunden werden kann. Ansonsten bin ich stark dafür, dass die Gemeinde das in Zukunft wieder selbst macht, auch wenn das ein paar Euro mehr kosten sollte. Denn es steht hier mehr auf dem Spiel als nur eine schwarze Zahl am Jahresabschluss. In dem Zusammenhang möchte ich auch daran erinnern, dass wir, die KPÖ, als einzige Partei gegen den Verkauf von Parkplätzen an die RAIKA gestimmt haben. Wir haben schon damals gesagt, dass es möglichst jeden Parkplatz für die Kundinnen und Kunden aller Geschäfte braucht!

KPÖ

Ihr KPÖ-Gemeinderat
Peter Karner

KPÖ Murtal Bürozeiten

RUFEN SIE UNS AN! Das KPÖ-Bezirksbüro am Fohnsdorfer Josephiplatz 3a ist Mittwoch von 16 bis 18 Uhr und Donnerstag von 16 bis 18 Uhr geöffnet.

Tel. 0664 / 7346 2480

Impressum: Medieninhaber, Verleger, Herausgeber: KPÖ Murtal, 8753 Fohnsdorf, Josephiplatz 3, Tel&Fax 03573 / 2166, Verantwortlicher Chefredakteur und Hersteller: Andreas Fuchs, E-Mail: a.fuchs@kpoe-steiermark.at. druck: gutenberghaus
Offenlegung: die Blattlinie entspricht den Zielen des Vereins fortschrittlicher Kommunalpolitiker.

Dem Bundespräsidenten sollte höchstens das 10fache des jeweiligen Mindestlohns zustehen

Wohnbeihilfe - nicht aufgeben!

Die Wohnunterstützung (früher Wohnbeihilfe) gilt für alle Wohnungen mit einem Hauptmietvertrag. Ob man Wohnunterstützung bekommt, hängt ausschließlich vom Einkommen ab. Aber: Die Wohnbeihilfe hat sich in den letzten Jahren mehrmals geändert. Deshalb: **Nicht aufgeben! Stellen Sie erneut einen Antrag!**

Pensionen – Ausgleichszulage

brutto
Mindestpension mit Ausgleichszulage für Alleinstehende: ...€ 933,06 für Ehepaare, eingetragene Partnerschaften: € 1.398,97 Erhöhung pro Kind: € 143,97

Mindestsicherung

Alleinstehende und Alleinerzieher/innen: € 885,48 Volljährige im gemeinsamen Haushalt.....: € 664,11 ab 3. volljährige Person: € 442,74 1. bis 3. Kind: € 159,39 ab dem 4. Kind: € 132,82

REZEPTGEBÜHRENBEFREIUNG

Befreit sind Personen mit niedrigem Einkommen bis zu einer Grenze von € 933,06 für Alleinstehende und € 1.398,97 für Ehepaare, pro Kind erhöht sich der Betrag um € 143,97. Die Rezeptgebühr steigt von 6 auf 6,10 € pro Medikament.

GERINGFÜGIGKEITSGRENZE

€ 446,81 Euro /Monat

**GIS-Gebührenbefreiung/
Telefonentgeltzuschuss:**

1 Person:€ 1.045,03

2 Personen:€ 1.566,85

für jede zusätzliche Person im Haushalt: € 161,25

Familienbeihilfe

Bei einem Kind unter 3J: € 172,40; über 3J: € 180,30, über 10J: € 199,90, über 19J: € 223,50

Dieser Beitrag erhöht sich bei 2 Kindern jeweils um € 7,10, bei 3 um € 17, 40 bei 4 um € 26,50 bei 5 um € 32,00, bei 6 um € 35,70 bei 7 um € 52,00. Im September zusätzlich € 100 Schulstartgeld für Kinder zw. 6 und 15 Jahren; für erheblich behinderte Kinder kann die erhöhte Familienbeihilfe beantragt werden. Der Zuschlag beträgt € 155,90.

Pflegegeld unverändert zu 2017:

Stufe 1: ... € 157,30	65h/Monat
Stufe 2: ... € 290,00	95h/Monat
Stufe 3: ... € 451,80	120h/Monat
Stufe 4: ... € 677,60	160h/Monat
Stufe 5: ... € 920,30	180h/Monat
Stufe 6: € 1285,20	über 180h/M
Stufe 7: € 1688,90	über 180h/M

www.mindestsicherungsrechner.at

DSA Karin Gruber
Tel. 0316/
877-5101,
E-Mail:
karin.gruber@stmk.gv.at



Land verschenkt Geld

Bei kommerzieller Fliegerschau wird nicht gespart

Der Rechnungshof deckte auf, dass das Land Steiermark zu Unrecht Geld an die Airpower vergeben hat. Trotzdem will 2019 man wieder Geld für die kommerzielle Flugshow eines Getränkeherstellers zahlen, unter dem Deckmäntelchen des Bundesheers, das seine Anlagen zur Verfügung stellen darf. Ein wenig irritiert ist man aber schon in der großen Politik, deshalb hat man eine ganz

große Koalition geschmiedet: ÖVP (Schützenhöfer), SPÖ (Schickhofer), FPÖ (Kunasek) und Sponsor (siehe Foto) verkündeten die Airpower 2019. Beim einfachen Volks wird gespart wo es geht, eine kommerzielle Flugshow wird mit mehr als einer Million Euro gesponsert. Man glaubt



Airpower: Die ganz große Koalition

halt alles tun zu können, wenn man die Leute mit einer teuren Show anfüttert.

KPÖ hilft einen Ausweg finden

„Die Einkommen in der Politik sind so hoch, dass das Gespür für die Probleme von Menschen, die mit einem kleineren Gehalt auskommen müssen, verloren geht“, sagt KPÖ-Landtagsabgeordneter Werner Murgg.

Deshalb gilt bei der KPÖ, dass die Mandatarinnen und Mandatare alles, was über ein Facharbeitergehalt hinausgeht, für in Not geratene Menschen zur Verfügung stellen. LABg. Werner Murgg hilft regelmäßig in der Region, wenn Menschen in Notlagen geraten sind. Am „Tag der offenen Konten“ um den Jahreswechsel kann jeder Einblick in die Unterlagen nehmen.

„Die Anliegen sind unterschiedlich“, erzählt der KPÖ-Abgeordnete. „Von Heizkosten bis zu Problemen mit teuren Schullandwochen sind wir mit allen denkbaren Problemen konfrontiert. Sehr oft kommen



Sie spenden großen Teil ihres Einkommens: Die Grazer KPÖ-Stadträte Robert Krotzer und Elke Kahr sowie die KPÖ-Landtagsabgeordneten Claudia Klimt-Weithaler und Werner Murgg.

Menschen mit ihrem Einkommen gerade noch durch den Alltag, aber wenn der Kühlschrank den Geist aufgibt, ist Feuer am Dach, weil es keine Reserven gibt. Meist sind die hohen Wohnkosten das Hauptproblem.“

Nicht alle Probleme lassen so

lösen. „Aber bei uns wird niemand einfach weggeschickt. Wir bemühen uns immer, einen Ausweg zu finden“, so Murgg. Insgesamt haben die Mandatare der KPÖ in der Steiermark seit 1998 über 2,1 Millionen Euro an 16.386 Familien ausbezahlt.

Ihre Feier in der „Resti“
Fohnsdorf!

Anfragen: Tel. 03573/ 21 66

Zentralheizung, günstige Miete!

Armut
ist kein
Kinderspiel!

